



EWSA info

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss

Eine Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft

Februar 2019 | DE

Verfügbare Sprachfassungen:

bg cs da de el en es et fi fr hr hu it lt lv mt nl pl pt ro sk sl sv

Grußwort



Je besser das Gleichgewicht, desto besser die EU

Liebe Leserinnen und Leser,

Zahlreiche Mitgliedstaaten der EU haben in den letzten Jahren den 100. Jahrestag der Einführung des Frauenwahlrechts gefeiert oder werden das demnächst tun. Diese Errungenschaft haben frühere Generationen von Frauen in langen, harten und manchmal blutigen Auseinandersetzungen erkämpft. Wie lässt sich dieser Meilenstein in der Geschichte unserer Gesellschaften von uns Frauen besser würdigen, als dadurch, dass wir alle dieses Recht in Anspruch nehmen?

Mit den Wahlen zum Europäischen Parlament bietet sich hierfür bald wieder eine Gelegenheit. Der EWSA hat sich verpflichtet, die Bemühungen des Europäischen Parlaments um eine starke Beteiligung an den nächsten Europawahlen zu unterstützen. In diesem Sinne möchte ich kurz vor dem Weltfrauentag 2019 diesen Artikel der

Bedeutung einer massiven Beteiligung der Unionsbürgerinnen an diesen Wahlen widmen.

Die EU hat zahlreiche [Gesetze und Maßnahmen](#) auf den Weg gebracht, die zur Stärkung der Rechte der Frauen, zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen und zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter beigetragen haben. Diese Maßnahmen hat der EWSA uneingeschränkt unterstützt. Darüber hinaus hat die EU die Übernahme dieses Besitzstands zu einem entscheidenden Kriterium für den Beitritt eines Landes zur EU gemacht. Im Übrigen zeugen die während der Debatte über den Brexit [im Vereinigten Königreich geäußerten Befürchtungen](#), dass diese Rechte geschwächt werden, von der Schutzfunktion, die der EU in diesem Bereich zugesprochen wird.

Allerdings ist in den meisten unserer Mitgliedstaaten noch viel zu tun, um aus der rechtlichen Gleichstellung eine De-facto-Gleichstellung zu machen: um die hartnäckigen himmelschreienden Lohn- und Gehaltsunterschiede (von [durchschnittlich 16 % im Jahr 2016](#)) zu beseitigen, die im Widerspruch zu allen theoretischen Regeln stehen; um eine echte Chancengleichheit zu schaffen; um Gewalt gegen Frauen in ganz Europa zu verhindern und zu ahnden. Es reicht nicht, dass die EU „etwas für die Frauen tut“, die Frauen müssen auch „etwas in der EU tun“.

Die mangelnde Präsenz von Frauen beschränkt sich nicht auf Unternehmensräte oder die sogenannten „MINT-Fächer“ (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), [in denen dies über ein Jahrzehnt lang praktisch unverändert geblieben ist](#). Unterrepräsentiert sind Frauen auch in den Institutionen und zwar einschließlich der EU-Institutionen. So hat das Europäische Parlament zwar [37,4 % weibliche Abgeordnete](#), in der Kommission gibt es hingegen [bei 28 Mitgliedern nur neun Frauen](#) und im Gerichtshof sind von [28 Richtern nur fünf weiblich](#), ganz zu schweigen vom Rat, dessen Zusammensetzung unmittelbar von den Mitgliedstaaten abhängt. Selbst im EWSA machen die Frauen nur 27,6 % der Mitglieder aus, obwohl er zwei Vizepräsidentinnen hat.

Deshalb müssen sich die Frauen – sowohl als Wählerinnen als auch als Kandidatinnen – aktiv im Wahlkampf engagieren, um für eine starke Vertretung in den EU-Institutionen zu sorgen und einen Beitrag zur Schaffung eines ausgewogeneren Europas zu leisten. Frei nach [einem der großen Themen dieses Weltfrauentags 2019](#): *Je besser das Gleichgewicht, desto besser die EU.*

Isabel Caño

für Kommunikation zuständige Vizepräsidentin

Bitte vormerken

6./7.3.2019, Brüssel

Konferenz der Interessenträger der Kreislaufwirtschaft 2019: Erfolgsgeschichten und neue Herausforderungen

15.3.2019, Brüssel

Europäischer Verbrauchertag 2019

20./21.3.2019, Brüssel

EWSA-Plenartagung

21./22.3.2019, Brüssel

10 Jahre „Your Europe, Your Say“: Die Zukunft wählen! #YEYSturns10

Kurz notiert

„Zivilgesellschaft für rEUnaissance“. Welches Europa wollen wir nach den Europawahlen?



Auf Einladung von **Luca Jahier**, Präsident des EWSA, findet am 21. Februar die Veranstaltung **Zivilgesellschaft für rEUnaissance** statt. Sie wird der organisierten Zivilgesellschaft Gelegenheit bieten, ihre Anliegen zu äußern, und den EU-Institutionen, ihre Erwartungen und Wünsche zum Ausdruck zu bringen sowie ihre Vision Europas für die Zeit nach den Europawahlen darzulegen.

Dieses Treffen, an dem auch EWSA-Mitglieder teilnehmen werden, dient dazu, gemeinsame Überlegungen zur Zukunft Europas anzustellen. Zwei junge Aktivistinnen haben ihre Teilnahme zugesagt: die Schwedin **Greta Thunberg**, die für ihren Klimaschutzaktivismus unter dem Motto *Schulstreik für das Klima* bekannt ist, und die Britin **Madeleine Kay**, die *EU-Supergirl* genannt wird und entschiedene Gegnerin des Brexits ist.

Die Debatten sind in zwei Teile gegliedert. Am Vormittag (9.00 bis 12.30 Uhr) führen die Präsidenten mehrerer EU-Institutionen, **Jean-Claude Juncker** (Europäische Kommission), **Antonio Tajani** (Europäisches Parlament) und **Karl-Heinz Lambertz** (Ausschuss der Regionen), einen Meinungsaustausch mit den geladenen Gästen. Sie werden mit führenden Vertretern von europäischen Organisationen und Bewegungen wie **Business Europe**, Europäischer Gewerkschaftsbund (**EGB/ETUC**), **Europa Nostra** und **CIVICO** diskutieren. Auch die Präsidenten der Wirtschafts- und Sozialräte Griechenlands, Italiens, Bulgariens und Maltas werden Beiträge zur Zukunft Europas einbringen.

Die Nachmittagssitzung umfasst sieben Workshops, in denen es u. a. um günstige Rahmenbedingungen für die Unternehmen, nachhaltige Entwicklung, Bildung, Grundrechte und europäische Werte, Zukunft des Arbeitsmarkts, Kultur und Frieden geht. Die Ergebnisse dieser Workshops werden kurz vor den Europawahlen in die Stellungnahmen des EWSA zum Europa der Zukunft einfließen.

Zur Kommunikation über die sozialen Medien wurde für die Veranstaltung eine [Internetseite](#) mit dem Hashtag **#EUcivilsociety** eingerichtet.

Am 21. Februar 2019, 9.00-12.30 Uhr, im Charlemagne-Gebäude, rue de la Loi/Wetstraat 170 und

14.30-18.00 Uhr im EWSA, Jacques-Delors-Gebäude, rue Belliard/Belliardstraat 99 (ehp)

Schüler in ganz Europa begrüßen EWSA-Mitglieder zur Vorbereitung von „Your Europe, Your Say!“



Europawahlen 2019

Im Februar haben Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses 33 Schulen besucht, um sie auf die Jugendplenartagung *Your Europe, Your Say* (YEYS) vorzubereiten. Die seit nunmehr zehn Jahren organisierte Veranstaltung findet in Brüssel unter dem Motto „#YEYSturns10: Die Zukunft wählen!“ statt.

Die 16- bis 18-jährigen Schüler werden am **21./22. März nach Brüssel** reisen, um sich auf der Jugendplenartagung **#YEYSturns10** über ihre Ansichten, Hoffnungen und Erwartungen für die bevorstehenden Europawahlen auszutauschen. Die Jugendlichen werden über drei Vorschläge abstimmen, die das Europäische Parlament im [Europawahlkampf](#) aufgreifen soll.

Außerdem wird das Europäische Parlament den Abschlussbericht von YEYS als eine Botschaft der europäischen Jugend über „das Europa, in dem wir leben möchten“ werten.

Die 33 teilnehmenden Schulen wurden aus einer Rekordzahl von 1038 Bewerbungen in einem elektronischen Losverfahren ermittelt. Teilnehmen wird je eine Schule aus den 28 EU-Mitgliedstaaten und den fünf Bewerberländern (Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien und Türkei).

Die Veranstaltung unter dem Namen „Your Europe, Your Say!“ (YEYS) wird vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss organisiert, der die Stimme der Zivilgesellschaft in Europa ist. Es ist die Signalveranstaltung des Ausschusses für junge Menschen.

Näheres zu YEYS 2019 auf der Internetseite – ein Video zu YEYS 2018 finden Sie [hier](#). (ks/dgf)

Aktuelles

„Das Schlimmste für Europa ist Schweigen“, so Michel Barnier im EWSA



Barnier.

EU-Chefunterhändler für den Brexit Michel Barnier sprach auf der 540. Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses über den Standpunkt der EU zum Brexit-Deal und über mögliche künftige Szenarien

EWSA-Präsident Luca Jahier würdigte die Arbeit von Herrn Barnier und betonte, dass die britische Zivilgesellschaft für den EWSA weiterhin sehr wichtig bleibe: „Der EWSA ist auf alle möglichen Zukunftsszenarien vorbereitet und wird seine Beziehungen zu den britischen Partnern weiter festigen“.

Herr Barnier mahnte, dass Europa auch für ein Szenario ohne Abkommen gewappnet sein müsse. „Unabhängig vom Ausgang fällt den Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft bei der Sensibilisierung der Bürger eine entscheidende Rolle zu“, so

Backstop-Lösung

Die EWSA-Mitglieder sprachen sich für eine entschlossene Haltung in der Backstop-Frage aus. Manche sehen darin die zweitbeste Lösung für Nordirland, direkt nach dem Verbleib in der EU.

Herr Barnier betonte, dass es seine Aufgabe sei, diese Probleme für die EU zu lösen. „Wir wollen auf den Backstop eigentlich nicht zurückgreifen. Es ist wie mit der Hausratsversicherung. Wir zahlen sie zwar, hoffen aber, sie nie in Anspruch nehmen zu müssen.“ Großbritannien habe die EU verlassen wollen, und der Brexit bringe nun Probleme für Irland und Nordirland. Beim Backstop gehe es um Menschen, die Sicherheit brauchen. Und schließlich sei die irische Grenze auch die Grenze von 27 Ländern und die Grenze des Binnenmarktes. **Deshalb sei es eine europäische Frage.**

„**Der Brexit hat keinerlei Mehrwert**“, erklärte Herr Barnier abschließend. „Wir sollten aber die Konsequenzen des Brexit nicht mit den Lehren daraus verwechseln. Auch sollten wir Populismus und eine in der Bevölkerung weit verbreitete Einstellung nicht in einen Topf werfen. Das Schlimmste ist Schweigen. Wir müssen unsere Meinung äußern. Wir müssen die Debatte in Gang bringen. Auch wenn wir unterschiedliche Standpunkte vertreten, müssen wir weiter miteinander reden, weil Populisten das Schweigen für ihre Kampagne gegen Europa nutzen.“ (sma)

Ungeregelter Brexit bedroht die Rentabilität der Luftfahrt- und Chemieindustrie in Großbritannien und der EU



Bei einer von der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) im EWSA organisierten hochrangigen Debatte über die Folgen des Brexit für die Luftfahrt und die Chemieindustrie herrschte Einigkeit darüber, dass Großbritannien weiterhin den EU-Vorschriften gerecht werden muss und für Chemikalien die REACH-Verordnung ausschlaggebend ist. Für die Luftfahrtindustrie sollten in den wichtigsten Bereichen auf Gegenseitigkeit beruhende Abkommen geschlossen und die geplante Übergangsphase auf mindestens fünf Jahre verlängert werden.

„In den wichtigsten Sektoren müssen Lösungen gefunden werden, die auf Gegenseitigkeit beruhen“, mahnte **Jan Pie**, Generalsekretär des Europäischen Verbands der Luftfahrt-, Raumfahrt- und Verteidigungsindustrie (ASD), und forderte einen längeren

Übergangszeitraum. Ein unregelmäßiger Austritt hätte in erster Linie Auswirkungen auf die Lieferkette. Für ein Just-in-time-Liefersystem sei das reibungslose Funktionieren der Lieferkette Voraussetzung. Die einzelnen Teile eines Produkts müssten vor dessen Fertigstellung häufig mehrmals den Ärmelkanal passieren. Würde auch nur ein Teil zu lange aufgehalten, käme die gesamte Lieferkette zum Stillstand. Das gleiche gelte für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer: Die Fachkräfte müssten sich ungehindert zwischen Großbritannien und der EU bewegen können. **Den Unternehmen bereiten die Unterschiede zwischen den EU- und den britischen Vorschriften die größte Sorge.**

Ein geregelter Brexit ist auch für die Chemieindustrie unerlässlich, betonte **Ian Cranshaw**, Leiter für internationalen Handel im Verband der Chemischen Industrie (CIA). Mit einem Umsatz von 18 Mrd. GBP sowie 150 000 direkten und 500 000 indirekten Arbeitsplätzen sei die Chemieindustrie für das Vereinigte Königreich von entscheidender Bedeutung. Am dringendsten brauche die Branche Sicherheit. Der Verband der Chemischen Industrie habe bei seinen Unternehmen eine Umfrage durchgeführt, **wonach kein einziges Unternehmen vom Brexit profitieren würde.**

„Wir könnten daraus die Lehre ziehen, dass die Errungenschaften des Binnenmarktes und die vielen Vorteile einer EU-Mitgliedschaft für die Wirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger besser vermittelt werden müssen“, sagte CCMI-Vorsitzende Lucie Studničná abschließend.

Die Frage, wer denn am Ende vom Brexit profitieren würde, blieb offen. (sma)

EWSA fordert rechtliche Anerkennung gemeinnütziger Tätigkeiten in der EU



Spenden aus karitativen Quellen in Europa belaufen sich jedes Jahr auf fast 90 Milliarden EUR, doch im Gegensatz zu kommerziellen Unternehmen können gemeinnützige Organisationen oder private Spender die Vorteile des europäischen Binnenmarkts nicht in Anspruch nehmen - was es ihnen erschwert, ihre gemeinnützigen Tätigkeiten über Grenzen hinweg auszuweiten.

Dennoch gewinnen gemeinnützige Tätigkeiten in Europa zunehmend an Bedeutung und könnten genutzt werden, um für viele Bereiche, in denen es an öffentlicher Unterstützung fehlt, ergänzende Mittel zu beschaffen. Dies hat die Anhörung [Gemeinnützigkeit in Europa: ein ungenutztes Potenzial](#) des EWSA am 16. Januar gezeigt.

Bei der Anhörung kamen eine Reihe gemeinnütziger Organisationen und Personen zusammen, deren Ansichten einen wertvollen Beitrag zu einer Stellungnahme zum Thema „Gemeinnützigkeit in Europa“ leisten werden, die vom EWSA auf Ersuchen des rumänischen Ratsvorsitzes erarbeitet wird.

„Wir werden einen rechtlichen Rahmen fordern, um die Entwicklung karikativer Aktivitäten zu unterstützen und gemeinnützigen Organisationen denselben Status zu verleihen, den kommerzielle Unternehmen bereits genießen“, erklärt **Petru Dandea**, Berichterstatter für die Stellungnahme.

In Europa existieren über 150 000 gemeinnützige Stiftungen, deren finanzielle Verpflichtungen sich auf 87 Milliarden EUR belaufen - mehr als die Haushaltseinnahmen von rund 15 Mitgliedstaaten.

Der EWSA wird sich außerdem dafür aussprechen, dass gemeinnützige Tätigkeiten transparent und klar definiert werden und dass die Gemeinnützigkeit keinesfalls die öffentlichen Sozialsysteme ersetzt oder Steuerhinterziehung erleichtert. (II)

EWSA drängt auf WTO-Reform im Einklang mit EU-Werten



Auf seiner Plenartagung am 24. Januar 2019 verabschiedete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) eine [Stellungnahme](#), in der er zu einer ehrgeizigen Reform der Welthandelsorganisation zur Bewältigung der derzeitigen Krise aufruft sowie die Werte der EU und ihre führende Rolle in Sachen Nachhaltigkeit herausstreicht.

Die Welthandelsorganisation (WTO) ist die globale Organisation, die sich mit der Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Staaten befasst. Allerdings wird ihre Arbeit durch die jüngsten Entwicklungen im internationalen Handel erschwert. Wie die Berichterstatterin für die EWSA-Stellungnahme, [Emmanuelle Butaud-Stubbs](#), betonte, müssen die vorgeschlagenen Reformen „im Einklang mit den Werten der EU und mit der Rolle stehen, die sie im internationalen Handel spielen kann, sowie Investitionen und Entwicklung

verbinden“.

In der Stellungnahme wird u. a. vorgeschlagen, das Berufungsgremium des Streitbeilegungsgremiums der WTO beizubehalten, indem die Amtszeit der derzeitigen Richter als vorläufige Lösung für die jetzige Situation verlängert, die Zahl der Richter von sieben auf neun erhöht und unabhängige Vollzeitrichter eingestellt werden.

Der stellvertretende WTO-Generaldirektor **Karl Brauner**, der an der Debatte auf der Plenartagung des EWSA teilnahm, bestätigte, dass das Berufungsgremium unbedingt handlungsfähig bleiben muss: „Wenn es seine Arbeit einstellt, sind die Regeln des internationalen Handels nicht länger durchsetzbar. Die Rechtsstaatlichkeit würde durch den besten Deal ersetzt und Macht stünde über dem Gesetz.“

Zudem schlägt der EWSA weitere Maßnahmen zum Datenschutz, zu den Lebensmittelsicherheitsstandards und zum Tierschutz sowie zu Umweltstandards in der landwirtschaftlichen Produktion vor. Ferner wird in der Stellungnahme für eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Arbeit der WTO plädiert, beispielsweise durch die Nutzung des Öffentlichen Forums der WTO als ausgewogene und repräsentative Versammlung der sozialen und wirtschaftlichen Akteure aus allen Sektoren und Interessenbereichen. (dgf)

Die Zivilgesellschaft möchte EU-Freihandelsabkommen genauer überwachen



Der EWSA verabschiedete auf seiner Plenartagung im Januar eine Stellungnahme zur Stärkung der Rolle der internen Beratungsgruppen (IBG) bei der Überwachung der Umsetzung von der EU unterzeichneter Freihandelsabkommen (FHA). Die IBG sind derzeit schon für die Überwachung der Umsetzung der FHA in den Bereichen der nachhaltigen Entwicklung und der Arbeitsnormen zuständig, aber der EWSA möchte diese Überwachung auf alle Bereiche der Übereinkommen ausdehnen, auch auf die zentralen Handelskapitel.

Der EWSA ist der Auffassung, dass die Beteiligung der Zivilgesellschaft an allen Arten von Abkommen von zentraler Bedeutung ist, nicht nur aus Gründen der Überwachung, sondern auch, damit ihre strategischen Ziele erreicht werden können. Dies muss im Zuge eines einzigen, beide Parteien des Abkommens umfassenden Gremiums für die zivilgesellschaftliche Partizipation erfolgen. [Alberto Mazzola](#), Berichterstatter für die Stellungnahme, unterstrich, „dass die EU mit einem wachsenden Bedarf an konstruktivem Dialog mit der Zivilgesellschaft in Handelsfragen konfrontiert ist, wie die Beispiele CETA und TTIP zeigen. IBG sind ein hervorragendes Mittel, um die Bürger an Handelsfragen heranzuführen.“

Diese stärkere Rolle der IBG sollte einhergehen mit weiteren Bestimmungen zur Funktionsweise derzeitiger und

künftiger IBG. In den IBG sollte u. a. eine ausgewogene Vertretung zivilgesellschaftlicher Interessen gewährleistet sein, und externe Interessenträger sollten beteiligt und konsultiert werden können.

Aktuell gibt es acht aktive IBG, an denen 27 EWSA-Mitglieder beteiligt sind. Fünf weitere IBG sollen bis 2021 eingerichtet werden, weitere könnten in Zukunft folgen. Der EWSA geht davon aus, dass sich die Kosten seiner Beteiligung an den IBG in den nächsten drei Jahren verdoppeln und bei der Abdeckung aller derzeit verhandelten FHA verdreifachen werden. (dgrf)

[Debatte des EWSA mit dem rumänischen Ratsvorsitz: die Menschen wieder für Europa begeistern](#)



Auf der Januar-Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) fand eine Debatte mit der rumänischen Ministerpräsidentin Vasilica Viorica Dăncilă über die Prioritäten des rumänischen EU-Ratsvorsitzes im ersten Halbjahr 2019 statt. EWSA-Präsident Luca Jahier betonte dabei, wie wichtig es im Hinblick auf die kommenden Europawahlen ist, das Vertrauen der Unionsbürger in die Politik wiederherzustellen.

Diejenigen, um die es eigentlich geht - die Menschen in Europa - müssen die europäische Integration besser verstehen, annehmen und unterstützen. „Die Debatte über die Zukunft Europas auf dem Gipfeltreffen von Sibiu findet an einem symbolträchtigen Datum statt - dem Europatag am 9. Mai. Dies ist vor den Wahlen die letzte Gelegenheit, bei der Europa zeigen kann, dass es geeint und stark ist, die Bedürfnisse seiner Bürger kennt und entschlossen handeln will“, sagte Luca Jahier und ergänzte „Wir brauchen nicht nur wirksamere EU-Maßnahmen, sondern auch ein neues positives Narrativ, um die Bürger wieder für das Projekt Europa zu begeistern und ihr Vertrauen in die Politik wiederzugewinnen. Dabei gilt es auch, den Zusammenhalt zu stärken und gegen populistische Strömungen vorzugehen“.

Frau Dăncilă bekundete ihre Entschlossenheit, bei den dringlichsten Aufgabenstellungen der EU Fortschritte zu erzielen, um für mehr Einigkeit, Zusammenhalt, Solidarität und Gerechtigkeit zu sorgen. Außerdem bekräftigte sie, dass sich der rumänische Ratsvorsitz stark den europäischen Werten verpflichtet fühle und in der Frage, welche Richtung die EU künftig einschlagen solle, auf die Bürger Europas hören wolle. „Die ist eine Priorität des rumänischen Ratsvorsitzes. Wir werden Lösungsvorschläge unterbreiten und Beschlüsse fassen, die möglichst bürgernah sind und der gesellschaftlichen Realität entsprechen. Europa kann seine Stärke und seinen Zusammenhalt nur bewahren, wenn es seine Bürger immer wieder einbindet“, betonte Dăncilă. Kohäsion, ein gemeinsamer europäischer Wert ist denn auch das Motto des Ratsvorsitzes. (mp)

[Neurokognitive Minderheiten könnten dazu beitragen, das Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu beheben.](#)



Auf dem Programm der Januar-Sitzung der Fachgruppe TEN des EWSA stand eine Präsentation darüber, wie das Potenzial der Angehörigen der sogenannten neurokognitiven Minderheiten, d. h. von Menschen mit Autismus, einem hohen IQ, Hyperaktivität, Legasthenie und Dyspraxie, zum Tragen gebracht werden kann, um die Nachfrage nach einigen hochspezifischen Kompetenzen zu bedienen, an denen großer Mangel herrscht, und somit auch die gesellschaftliche Inklusion neurokognitiver Minderheiten zu erleichtern.

Hugo Horiot, Autor des Buchs *Autisme, j'accuse!* und selbst Autist, betonte: „Es gibt viele Nischenbereiche, in denen bestimmte hochspezifische Kompetenzen erforderlich sind, die aber kaum jemand mitbringt, da das System diejenige neurokognitive Gruppe, die über diese Fähigkeiten verfügt, ablehnt. Wir müssen die Unternehmen und die Institutionen dazu bewegen, anstatt der gängigen, auf Sozialkompetenzen ausgerichteten Einstellungs- und Bewertungsverfahren neue Methoden anzuwenden.“

Verschiedenen Prognosen zufolge werden ca. 65 % der heutigen Schüler später Berufe ausüben, die es aktuell noch gar nicht gibt; Unternehmen werden immer mehr Schwierigkeiten haben, die von benötigten Kompetenzen zu finden. Die Erschließung des Potenzials neurokognitiver Minderheiten würde nicht nur einen wesentlichen gesellschaftlichen Beitrag leisten, sondern auch die Inklusion von Menschen ermöglichen, die über eine Intelligenz verfügen, die einfach anders ist. „Damit würde einer gesellschaftlichen Gruppe ohne Perspektive die Chance eröffnet, auf innovative Weise an unserer Gesellschaft teilzuhaben“, unterstrich Hugo Horiot.

Entscheidend ist die Erkenntnis, dass alle Menschen sich gegenseitig ergänzen und in der Lage sind, auf vielfältige Weise zur Gesellschaft beizutragen. „Wir sind alle unterschiedlich voneinander“, erklärte der Vorsitzende der Fachgruppe TEN, [Pierre Jean Coulon](#). „Jedoch gibt es Unterschiede, die als akzeptabel gelten, da sie niemanden stören und beeinträchtigen, und es gibt Unterschiede, die nicht akzeptiert werden, eben wie Neurodiversität“. (mp)

[EWSA unterstützt Schaffung eines europäischen Cybersicherheitszentrums](#)

Der EWSA unterstützt die Initiative der Europäischen Kommission, ein Europäisches Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in Industrie, Technologie und Forschung und ein Netz nationaler Koordinierungszentren zu schaffen.



Ziel ist es, der EU dabei zu helfen, ihre technologischen und industriellen Cybersicherheitskapazitäten auszubauen und die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Cybersicherheitsindustrie zu steigern.

In der auf der Plenartagung im Januar verabschiedeten [Stellungnahme](#) von Antonio Longo und Alberto Mazzola betont der EWSA, dass der Kommissionsvorschlag ein wichtiger Schritt zur Entwicklung einer Industriestrategie für Cybersicherheit und von strategischer Bedeutung für die Erreichung einer soliden und weitreichenden digitalen Autonomie ist. Angesichts des derzeit stattfindenden Cyberkriegs, der das politische, wirtschaftliche und soziale Gefüge gefährdet, sind diese Faktoren für die Stärkung der europäischen Schutzinstrumente unerlässlich.

„Unsere Gesellschaft als Ganzes ist betroffen. In nur zehn Jahren haben die Cyberangriffe mit einem Anstieg von 800 000 auf 8 Millionen weltweit massiv zugenommen“, hob Antonio Longo hervor. „Wir unterstützen die Initiative der Kommission, ein Kompetenzzentrum einzurichten, das die nationalen Zentren koordiniert und als Referenz für die Kompetenzgemeinschaft für Cybersicherheit dient“, so Longo weiter.

Ein Eckpfeiler der Strategie ist eine öffentlich-private Partnerschaft für Cybersicherheit. „Wir befürworten die Ausweitung der Zusammenarbeit auf die Industrie auf der Grundlage fester Zusagen in den Bereichen Wissenschaft und Investitionen. Wir plädieren für einen trilateralen Ansatz unter Einbeziehung der Europäischen Kommission, der Mitgliedstaaten und der Unternehmen“, fügte Alberto Mazzola hinzu. Seine Schlussfolgerung lautete: „Unsere Tür muss auch jenen Unternehmen aus Drittstaaten offenstehen, die die Teilnahmebedingungen der EU akzeptieren“. (mp)

[Aufbau von Resilienz oberste Priorität für den Euro-Raum 2019](#)



Angesichts der Wirtschaftsaussichten werden die Volkswirtschaften des Euro-Währungsgebiets 2019 die Widerstandsfähigkeit ihrer Wirtschaft und Arbeitsmärkte dringend stärken müssen, so der EWSA in Bezug auf die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der Kommission für das Euro-Währungsgebiet im Jahr 2019.

Wenn die Mitgliedstaaten künftige Schocks mit begrenzten wirtschaftlichen und sozialen Kosten abfedern wollen, müssen sie ihre Widerstandsfähigkeit stärken. Zu diesem Zweck gilt es, die WWU zu vertiefen, indem die Bankenunion vollendet, die Eigenmittel der EU erhöht, eine makroökonomische Stabilisierungsfunktion für den Euro-Raum geschaffen und die [Säule sozialer Rechte](#) ordnungsgemäß umgesetzt wird.

In der [EWSA-Stellungnahme](#) werden außerdem wirksame Maßnahmen gefordert, um übermäßige Überschüsse zu reduzieren und in Ländern mit Überschüssen die öffentlichen Ausgaben und die Löhne und Gehälter erheblich zu erhöhen. Mittelfristig sollte der Anstieg der Reallöhne der tatsächlichen Produktivitätssteigerung und der Inflation entsprechen.

Nicht zweckmäßig wäre es hingegen, Mitgliedstaaten mit einer hohen Staatsverschuldung und negativen bzw. nicht vorhandenen Produktionslücken zum Aufbau von Haushaltspuffern mithilfe eines restriktiven finanzpolitischen Kurses zu drängen. Dies würde zur Fortsetzung des schwachen Wachstums in diesen Ländern führen, ohne deren öffentlichen Schuldenstand im Verhältnis zum BIP zu verringern.

Der EWSA verweist auch auf die dringende Notwendigkeit von Leitlinien und Maßnahmen, um öffentliche Investitionen anzukurbeln und private Investitionen zu erleichtern. Bei der Anwendung der finanzpolitischen EU-Vorschriften sollte die sogenannte Goldene Regel berücksichtigt werden.

Politische Veränderungen dürfen nicht auf Kosten der Finanzierung von sozialen Investitionen und Sozialschutzsystemen durchgeführt werden oder zur Abschwächung der Sozial- und Arbeitnehmerrechte führen. Die Aufwärtskonvergenz der wirtschaftlichen und der sozialen Standards sollte parallel verlaufen.

Schließlich ruft der EWSA die Mitgliedstaaten auf, die nötige Entschlossenheit aufzubringen, um die verbleibenden Meinungsverschiedenheiten in diesen Fragen beizulegen. (jk)

[Trotz des enormen Potenzials ist der Erfolg der vorgeschlagenen Mehrwertsteuerreform nicht selbstverständlich](#)



Ein neues Mehrwertsteuersystem für die Besteuerung des Handels zwischen Mitgliedstaaten muss sein Potenzial voll entfalten, wobei der Binnenmarkt vor möglichen negativen Auswirkungen geschützt werden muss, meint der EWSA in seiner [Stellungnahme](#) zum Vorschlag der Kommission. Eine engere Zusammenarbeit zwischen den Behörden und eine umfassende Kommunikation sind der Schlüssel zu einer erfolgreichen Umsetzung des Vorschlags.

Der EWSA hält die vorgeschlagene Reform für einen entscheidenden Schritt im Übergang zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem für die Besteuerung von Waren im B2B-Handel auf der Grundlage des Bestimmungslandprinzips. Seines Erachtens kann der neue Rahmen den Unternehmen spürbare Vorteile bringen.

„Die Reform kann sich positiv auf die Unternehmen und ihr Wachstum auswirken, doch ihr Erfolg ist nicht selbstverständlich“, so Berichterstatte Krister Andersson. „Die Vorschriften müssen ordnungsgemäß umgesetzt werden, und die nationalen Steuerbehörden müssen ihre tägliche Zusammenarbeit ausbauen und sich gleichzeitig an einer Kommunikationskampagne beteiligen“, erklärte er.

Die Reform wird zwar die Besteuerung des grenzüberschreitenden B2B-Handels mit Waren verändern, die Dienstleistungen jedoch werden weiterhin nach einem anderen System besteuert. Da dies zu Problemen führen

könnte, sollte nach Ansicht des EWSA geprüft werden, wie ein beide Bereiche abdeckendes System so schnell wie möglich realisiert werden kann.

„Eine gemeinsame Methode zur Besteuerung von Waren und Dienstleistungen würde das Wachstum ankurbeln und höhere Betrugssicherheit bieten“, so Mitberichterstatter Giuseppe Guerini.

In seiner Stellungnahme legt der EWSA praktische Empfehlungen zur Umsetzung der Reform vor und fordert die Kommission auf, die vorgeschlagenen Bestimmungen für die einzige Anlaufstelle und den „zertifizierten Steuerpflichtigen“ weiter zu präzisieren. Besorgt zeigt sich der Ausschuss über die Entstehung neuer Hindernisse für KMU und Start-ups. Schließlich empfiehlt der EWSA angemessene Investitionen in IT-Hard- und Software für den ordnungsgemäßen Aufbau einer soliden und zuverlässigen einzigen Anlaufstelle. (jk)

Anhörung im EWSA: Forderung nach globaler Lösung für die Besteuerung in der digitalisierten Wirtschaft



Internationale Steuerexperten und Vertreter der Zivilgesellschaft forderten am 29. Januar 2019 auf einer EWSA-Anhörung eine wirksame globale Lösung für die Besteuerung von Unternehmen in der digitalisierten Wirtschaft. Ziel ist es dabei, weiteres einseitiges Handeln zu verhindern und nachhaltiges Wachstum, Investitionen, Rechtssicherheit im Steuerbereich sowie Fairness zu gewährleisten.

Die hochrangigen Redner waren sich darüber einig, dass sowohl bei der Regulierung als auch bei der Governance nur eine weltweite Lösung wirksam sein kann, und sie begrüßten die laufenden Debatten in dem inklusiven Rahmen gegen Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS) der OECD.

Die Teilnehmer berieten über mögliche Ansätze zur Besteuerung von Unternehmen in der digitalisierten Wirtschaft, die derzeit in diesem inklusiven Rahmen erörtert werden, darunter neue Systeme für die Aufteilung internationaler Besteuerungsrechte (z. B. Beteiligung der Nutzer, Vermarktung immaterieller Vermögenswerte und signifikante wirtschaftliche Präsenz) und die Fähigkeit der Länder, in Fällen von Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung ihre Besteuerungsrechte auszuüben.

Sie schlugen eine umfassende Prüfung der Möglichkeit vor, die Besteuerungsfrage im Rahmen des Mehrwertsteuersystems zu behandeln. Außerdem sei eine einheitliche Definition des Konzepts der Wertschöpfung erforderlich. Auch müsse weiter geprüft werden, ob eine auf die Aufteilung der Steuereinnahmen ausgerichtete Lösung auf Grundlage der Einkommensteuer einer Lösung auf Grundlage der Verbrauchsteuer vorzuziehen wäre.

Die Redner forderten, bei der Ausarbeitung neuer Vorschriften bestimmte grundlegende Prinzipien wie die Vermeidung von Doppelbesteuerung sowie Einfachheit, Rechtssicherheit und Gleichheit einzuhalten. Eine vereinfachte Methode werde für die verschiedenen Beteiligten von entscheidender Bedeutung sein, und darüber hinaus müssten faire und effiziente Streitbeilegungsmechanismen entwickelt und umgesetzt werden. Sie empfahlen ferner, die Auswirkungen des BEPS-Projekts und die möglichen Auswirkungen etwaiger künftiger Maßnahmen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten weiter zu untersuchen.

Die Ergebnisse der Anhörung werden in die [Initiativstellungnahme](#) von Berichterstatter Krister Andersson einfließen, die voraussichtlich auf der Plenartagung im Juli verabschiedet wird. (jk)

Kreatives Europa 2021-2027: EWSA fordert zusätzliche Mittel und besondere Förderung im Rahmen von Horizont 2020



Die Kreativbranche in Europa verfügt über ein großes Potenzial, benötigt jedoch mehr Unterstützung, um sich voll und ganz zu entwickeln und zu einem ernstzunehmenden Wettbewerber auf dem Weltmarkt zu werden. Auch andere Branchen, darunter die Textil-, Tourismus-, Automobil-, Bau- und Gesundheitsindustrie, würden von einer ehrgeizigen Kultur- und Kreativwirtschaft profitieren.

„Angesichts all dessen, worum es in der Branche geht - Erhalt unseres Kulturerbes, Propagierung unserer Werte, Neubelebung, Innovation, Unterhaltung sowie nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Arbeitsplätze - sind die vorgeschlagenen Mittel in Höhe von 1,85 Mrd. EUR wesentlich zu niedrig“, erklärt Emmanuelle [Butaud-Stubbs](#), Berichterstatterin für die [EWSA-Stellungnahme](#) zum Vorschlag der Kommission für das Programm Kreatives Europa 2021 bis 2027.

„Die digitale Revolution bietet neue Möglichkeiten, vorausgesetzt, wir investieren Zeit in Bildung, Software und Ausrüstung“, ergänzt Ko-Berichterstatter [Zbigniew Kotowski](#). Der EWSA fordert einen spezifischen Haushalt im Rahmen des Programms Horizont 2020, um das enorme Innovationspotenzial der Branchen der Kreativwirtschaft zu nutzen.

Weitere Vorschläge des EWSA umfassen:

- eine klare EU-Strategie für die Kultur- und Kreativwirtschaft, sowohl im Hinblick auf die Binnenmarktpolitik als auch die auswärtige Politik, zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit;
- eine unabhängige quantitative und qualitative Studie über die Auswirkungen der wichtigsten Fusionen im audiovisuellen Sektor der USA auf den europäischen Markt;
- zusätzliche Mittel in Höhe von 80 Mio. EUR für den sektorübergreifenden Aktionsbereich, um den Kontaktstellen für „Kreatives Europa“ dabei zu helfen, in ihrem eigenen Land für das Programm zu werben und sich für eine freie, vielfältige und pluralistische Medienlandschaft, für Qualitätsjournalismus und für die Entwicklung von Medienkompetenz einzusetzen. (sma)

Trauer am Internationalen Holocaust-Gedenktag: lasst uns das Schweigen brechen



von Luca Jahier

Wir nähern uns dem Internationalen Holocaust-Gedenktag, und es ist schwer, sich nicht von der Trauer überwältigen zu lassen. Statt einsam in tiefster Trauer zu schweigen, wollen wir lieber unsere Gefühle herausschreiben.

Warum ist der Antisemitismus nicht tot, weder in Europa und noch nicht einmal in den USA? Warum wurde im vergangenen Jahr in Frankreich eine Holocaust-Überlebende in ihrer Wohnung erstochen und verbrannt? Warum wurde im Jahr zuvor die pensionierte Leiterin einer Vorschule Sarah Halimi ermordet und anschließend vom Balkon ihrer Pariser Wohnung gestoßen?

Paris. Toulouse. Malmö. Kopenhagen. Berlin, Brüssel. Unsere Menschlichkeit ist mit dem Blut Unschuldiger befleckt. Etwas, das wir für unmöglich hielten, verfolgt uns wieder.

In Deutschland wird Juden aus Angst vor Attentaten davon abgeraten, in der Öffentlichkeit eine Kippa zu tragen. In Frankreich werden jüdische Schulkinder vor dem Besuch einer örtlichen Schule gewarnt, die als antisemitisch gilt. Hinzu kommen die Schändung von Friedhöfen, Hakenkreuzschmierereien an Synagogen und Schulen und die Beschimpfung von Juden als „Affen“ und „Schweine“ bei Demonstrationen gegen Israel. Europa zeigt wieder einmal seine hässliche und unmenschliche Fratze.

Vor Jahrhunderten wurden Juden als religiöse Minderheit verfolgt. Im 20. Jahrhundert galten Juden als Bedrohung für den Staat, daher wollte man sie im Holocaust auslöschen. Heute geraten Juden vornehmlich aufgrund von Ereignissen im Nahen Osten in die Schusslinie, wobei sich der Antisemitismus in einigen Fällen auch in der Leugnung des Holocaust manifestiert.

Viele Juden bekommen die volle Wucht der Wut von Menschen zu spüren, die voller Frust und des Gefühls der Ohnmacht und Entrechtung sind. Immer weniger Juden wollen in Europa leben. Nach Angaben der EU ging die jüdische Bevölkerung in Europa von rund 1,12 Millionen im Jahr 2009 auf 1,08 Millionen im Jahr 2017 zurück. In Frankreich, wo die meisten Juden in der EU leben, schrumpfte sie von rund 500 000 im Jahr 2002 auf 456 000 im Jahr 2017. Juden kehren Europa wegen Hassverbrechen den Rücken.

Fast ein Drittel der europäischen Juden besucht keine Veranstaltungen oder jüdische Gedenkstätten mehr, weil sie sich nicht sicher fühlen. Die Europäische Kommission veröffentlichte im Dezember 2018 eine Umfrage, bei der neun von zehn europäischen Juden die Ansicht vertraten, dass der Antisemitismus in den letzten fünf Jahren zugenommen hat.

89 Prozent der 16 300 Teilnehmer der Umfrage, die in Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn und dem Vereinigten Königreich - also den 12 Ländern, in denen 96 Prozent der europäischen Juden zu Hause sind - durchgeführt wurde, waren der Ansicht, dass Antisemitismus im Internet und in den sozialen Netzwerken die größten Probleme verursacht.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Hass und Hässlichkeit wieder zurückkehren. Wir müssen aufstehen und uns gegen Hassverbrechen und feindseliges, gewalttätiges Verhalten gegenüber Juden und Minderheiten stellen. Wenn wir als EU-Mitgliedstaaten oder die internationale Gemeinschaft nicht unverzüglich handeln, besteht die Gefahr, dass die Gräueltaten der Vergangenheit wiederaufleben und unsere Gesellschaft vergiften.

Bekanntlich wurde nur drei Tage vor dem Attentat auf Paweł Adamowicz in Danzig eine antisemitische Satiresendung zur besten Sendezeit im Fernsehen ausgestrahlt. In dieser Sendung wurde der Eindruck vermittelt, dass hinter der Wohltätigkeitsorganisation, die Herrn Adamowicz zu der Veranstaltung eingeladen hatte, auf der er getötet wurde, geheime Mächte stehen.

Paweł Adamowicz hat sich in Zeiten zunehmender Hassverbrechen immer unerschütterlich für die Rechte von Minderheiten eingesetzt. Er war auch ein leidenschaftlich liberaler Kritiker der einwandererfeindlichen Migrationspolitik der konservativen Regierungspartei. Seine Ermordung sollte uns Mahnung sein, dass wir Hassreden ein Ende bereiten müssen, wenn wir dem Hass nicht zum Opfer fallen wollen.

Der Opfer des Holocaust und der Gewaltverbrechen der Nazis zu gedenken, ist heute noch wichtiger geworden. Der Holocaust ist ein prägendes Vermächtnis der europäischen Geschichte. Das Gedenken an die Shoah ist wichtig, um Antisemitismus vorzubeugen.

Einige Historiker sind der Ansicht, dass wir eine kritische europäische Erinnerungskultur anstelle einzelner nationaler Erinnerungskulturen benötigen. Wenn wir uns als Europäer nicht gemeinsam erinnern, laufen wir Gefahr, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

Je länger wir damit warten, Hassreden zu ächten, und je länger wir brauchen, unsere Vergangenheit zu bewältigen, desto schwieriger wird es, ein echtes neues kollektives europäisches Gedächtnis und eine neue Identität zu schaffen, die auf Vielfalt, einem gemeinsamen Geschichtsverständnis, einem Gemeinschaftsgefühl und letztlich auch einem gemeinsamen Schicksal aufbauen.

Der Auschwitz-Überlebende Primo Levi, Autor des Buches Ist das ein Mensch? und des postum veröffentlichten Essaybands L'asimmetria e la vita, schrieb in seinem letzten Buch Die Untergegangenen und die Geretteten: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen.“

Aktuelles aus den Gruppen

Projekte der Gruppe Arbeitgeber für den rumänischen Ratsvorsitz



von der Gruppe Arbeitgeber im EWSA

„Kohäsion, ein gemeinsamer europäischer Wert“ - so lautet der Leitsatz des rumänischen EU-Ratsvorsitzes in der ersten Jahreshälfte 2019. Die Gruppe Arbeitgeber erkennt eine Reihe von Synergien zwischen den Prioritäten des

rumänischen Ratsvorsitzes und ihren eigenen politischen Zielen, weshalb sie ihre Veranstaltung zum Unternehmertum während dieses Ratsvorsitzes organisiert.

Im April wird die Gruppe Arbeitgeber eine hochrangige Konferenz zum europäischen Modell des Unternehmertums abhalten, die in Bukarest unter der Schirmherrschaft des rumänischen Präsidenten in Zusammenarbeit mit der rumänischen Arbeitgeberorganisation stattfinden soll. Veranstaltungsthema wird die Zukunft der KMU-Politik sein, und damit auch die Notwendigkeit einer neuen Vision und zusätzlicher Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU, um Unternehmertum und KMU zu fördern. Die Arbeitgeber sind der Auffassung, dass die Förderung der unternehmerischen Initiative und der Wettbewerbsfähigkeit der KMU als ausgereifte, proaktive und wirksame Politik dazu beitragen kann, Europa zu stärken und zur besseren Bewältigung der aktuellen Herausforderungen zu befähigen. (1)

Gruppe Arbeitnehmer des EWSA begrüßt Einigung zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben



von der Gruppe Arbeitnehmer des EWSA

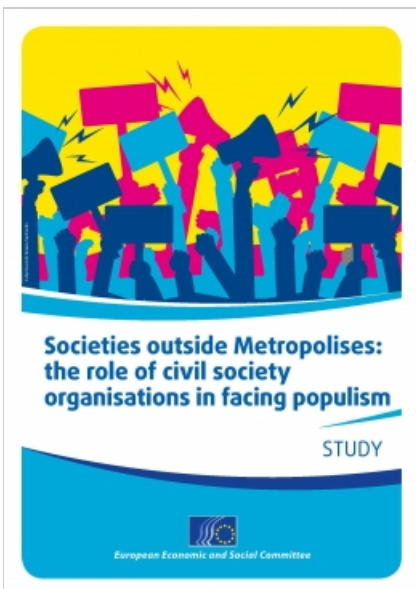
Am 24. Januar erzielten das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten eine Einigung über die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. „Diese Einigung ist ein konkreter Schritt, um das Leben von berufstätigen Eltern und pflegenden Angehörigen in Europa zu erleichtern“, so Gaby Bischoff, Vorsitzende der Gruppe Arbeitnehmer im EWSA.

Mit ihrer Stellungnahme zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben von berufstätigen Eltern und Pflegepersonen hat die Gruppe Arbeitnehmer im EWSA einen diskussionsbestimmenden Beitrag zur Debatte über die Stärkung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Betreuungs- und Pflegepflichten geleistet. Insbesondere die Gewerkschaften hatten auf diese Rechtsetzungsinitiative als unabdingbaren Bestandteil der europäischen Säule sozialer Rechte und Beitrag zum sozialen Fortschritt für die europäischen Bürgerinnen und Bürger gedrängt.

„Wir begrüßen die Einigung“, erklärte Gaby Bischoff, „die Einführung von zehn Tagen Vaterschaftsurlaub in der Zeit rund um die Geburt stellt einen Fortschritt dar. Während dieser Zeit erhalten die Väter bzw. die anderen Elternteile eine Vergütung in Höhe des Krankengeldes, womit die angestrebte stärkere Einbeziehung der Väter bzw. Partner erreicht wird. Mütter und Väter haben beide Anspruch auf Elternurlaub, der ‚angemessen‘ vergütet wird. Eltern bei Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben besser zu unterstützen, war für die Gewerkschaften ein zentrales Thema, für das sie sich stark gemacht haben. Darüber hinaus können Menschen, die einen kranken Angehörigen pflegen, nun fünf Tage Pflegeurlaub nehmen“, führte Frau Bischoff aus.

„Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben sind Instrumente, die es Frauen und Männern ermöglichen werden, ihre Entscheidungen zu gleichen Ausgangsbedingungen zu treffen“, erklärte Erika Koller, die Berichterstatterin für diese Stellungnahme. „Diese Einigung ist keine Wunderlösung für alle Probleme, aber mit Gewissheit ein Schritt in die richtige Richtung.“ (ppr)

Gesellschaft außerhalb der Großstädte: die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Bekämpfung des Populismus



von der Gruppe Vielfalt Europa im EWSA

Der Populismus greift in der EU heute um sich wie seit den 30er Jahren nicht mehr. In diesem Zusammenhang hat die Gruppe Vielfalt Europa im EWSA eine Studie zum Thema Gesellschaft außerhalb der Großstädte: die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Bekämpfung des Populismus durchgeführt, die jetzt online abgerufen werden kann.

Darin werden Faktoren ermittelt, die die Bürger anfällig für Populismus machen, und es wird aufgezeigt, was zivilgesellschaftliche Organisationen dagegen tun können. Im Mittelpunkt stehen acht außerhalb von Ballungszentren liegende Gebiete (aus vier verschiedenen Ländern) mit einem stark populistisch geprägten Wahlverhalten, jeweils eine Region unter und eine über dem EU-Durchschnitt:

- Klagenfurt-Villach und Niederösterreich-Süd (Österreich)
- Drôme und Aisne (Frankreich)
- Udine und Reggio di Calabria (Italien)
- Płocki und Nowosądecki (Polen)

Wirtschaftlicher Niedergang, soziale Instabilität und niedriger Bildungsstand sind wichtige Faktoren für den wachsenden Zulauf zu populistischen Gruppierungen in der gesamten EU. Es gibt aber auch noch wichtigere, voneinander abhängige Faktoren. So werden beispielsweise tatsächlich begründete oder nur in der Wahrnehmung bestehende Unsicherheiten täglich durch Desinformation befeuert, während sich viele junge Wähler von der Idee angezogen fühlen, dass populistische Parteien in festgefahrenen und inkompetenten politischen

Systemen einen positiven Wandel herbeiführen können.

Die Gruppe Vielfalt Europa ist der festen Überzeugung, dass den EWSA-Mitgliedern eine doppelte Verantwortung zukommt: Sie müssen sowohl auf als auch auf Ebene entschlossener vorgehen, um eine stärkere Vernetzung zu schaffen und Europa besser zu erklären und der Öffentlichkeit näherzubringen. Letztendlich geht der Schutz und Erhalt der freiheitlichen Demokratie uns alle an! (c1)

Demnächst im EWSA/Kulturveranstaltungen

Kulturveranstaltungen im EWSA: Was steht an?



Der EWSA organisiert kulturelle Veranstaltungen, um ein größeres Publikum für seine zentralen Debatten zu interessieren, die europäische Dimension der Werke eines Künstlers hervorzuheben oder weniger bekannten und vielversprechenden europäischen Künstlern außerhalb ihrer nationalen Grenzen eine Bühne zu bieten. Das Programm für 2019 ist ausgesprochen vielfältig.

Unter der Leitung der Mitglieder [Martina Širhalová](#) (Arbeitgeber), [Dirk Bergrath](#) (Arbeitnehmer) und [Indrė Vareikytė](#) (Vielfalt Europa) (von links nach rechts auf dem Bild), die derzeit den Unterausschuss Kultur bilden, organisiert der EWSA Kunstausstellungen, Konzerte, Filmvorführungen, Live-Darbietungen und zahlreiche andere Veranstaltungen.

Im ersten Halbjahr 2019 sind u.a. folgende Kulturveranstaltungen geplant: Die Ausstellung [„Was heißt schon alt? Kreativ bleiben oder wie Älterwerden motivieren kann“](#); eine Live-Darbietung der italienischen Mezzosopranistin [Valentina Volpe](#), eine der beliebtesten Kandidatinnen des von Europa Nostra veranstalteten Wettbewerbs [#Ode2Joy Challenge](#) (21. Februar); die Vorführung des Films, der dem Friedensnobelpreisträger 2018, Dr. Denis Mukwege, gewidmet ist (6. März), zusammen mit einer offenen Debatte, und die Fotoausstellung [Kindred Spirits](#) mit Arbeiten der niederländischen Recycling-Künstlerin [Suzanne Jongmans](#), die im Rahmen der [Konferenz der Interessenträger der Kreislaufwirtschaft](#) (6./7. März) stattfindet.

Mithilfe dieser häufig zusammen mit kulturellen Organisationen und anderen Einrichtungen entwickelten Veranstaltungen möchte der EWSA seine politischen Prioritäten hervorheben und das öffentliche Bewusstsein für Fragen schärfen, die die europäische Gesellschaft bewegen.(ck/dm)

Redaktion:

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von:

Daniela De Luca (ddl)
Daniela Marangoni (dm)
Laura Lui (ll)

Gesamtkoordinierung:

Agata Berdys (ab)
Katerina Serifi (ks)

Anschrift:

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.

EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.

EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.

Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

Februar 2019/2

03-2019